



Jungallianz für das Klima
Alliance des jeunes pour le climat
Alleanza dei giovani per il clima
Allianza da giuvenils per il clima

Allianz aus Jungparteien fordern sofortige Verbesserung der Rahmenbedingungen für klimafreundliche Investitionen sowie ein ambitioniertes CO₂-Gesetz

Die Corona-Krise hat die Schweizer Gesellschaft und Wirtschaft hart getroffen. Die Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich rechnet mit einem Rückgang des Bruttoinlandproduktes (BIP) um 5,5 Prozent für 2020, die Arbeitslosigkeit könnte bis Ende Jahr auf 4,7 Prozent steigen. Umso entscheidender ist es nun, dass die Politik die richtigen Rahmenbedingungen für die Zukunft setzt.

“Trotz den enormen negativen Konsequenzen **bietet jedoch jede Krise auch immer Chancen.**”, sagt Remo Zuberbühler (JBDP). “Sie zeigt uns, dass ein Umdenken möglich ist: Die nun breitere Akzeptanz von Videokonferenzen hat zum Beispiel gezeigt, dass nicht für jedes Meeting eine physische Anwesenheit notwendig ist.”

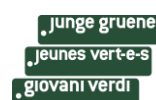
“Es ist nun wichtig, dass wir gezielt Massnahmen ergreifen, welche unsere Wirtschaft sowohl krisenresistenter als auch zukunftsfähiger machen”, meint Dominic Täubert (JEVP). Kurzfristige staatliche Liquiditätsspritzen zur Krisenbewältigung sind jedoch dem Risiko ausgesetzt, bestehende Strukturen zu zementieren. Deshalb ist es entscheidend, dass **nun die mittel- und langfristigen Rahmenbedingungen so gesetzt werden**, damit übergeordnete Ziele wie der Klimaschutz erreicht werden.

Wir befürworten die Verstärkung derjenigen Massnahmen, welche in der Schweiz bereits heute eine ökologische Wirtschaft fördern. “Es braucht eine Offensive für den Ausbau von erneuerbaren Energien, die energetische Renovation von Altbauten, sowie einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs in den ländlichen Gebieten.”, sagt Ronja Jansen (JUSO). “

“**Es braucht nun eine kluge Anreizpolitik** damit die Entwicklung von innovative Technologien wie z.B. synthetische Treibstoffe für den Luftverkehr oder die saisonale Speicherung von Strom für eine klimaneutrale Wirtschaft vorangetrieben werden.” sagt Tobias Vögeli (JGLP).

Sarah Bünter (JCVP) ist überzeugt: “Damit solche Investitionen möglichst kosteneffizient getätigt werden, ist jedoch die **Schaffung von Kostenwahrheit entscheidend**. Hier kommt dem CO₂-Gesetz eine entscheidende Rolle hinzu.” Während für Heizöl und Erdgas bereits heute eine CO₂-Abgabe von 96 CHF pro Tonne entrichtet wird, sind Kerosin, Benzin und Diesel weiterhin auf Kosten der Allgemeinheit von dieser Abgabe befreit.

“Ergänzend zur Kostenwahrheit braucht **es verbindliche CO₂-Richtlinien für Neuwagen und dem Heizungersatz**, damit heute getätigte Investitionen nicht zu weiteren Emissionen über mehrere Jahrzehnte führen.”, erinnert Julia Küng (Junge Grüne).





Wir empfehlen dem Nationalrat, folgende Minderheitsanträge der Totalrevision des CO₂-Gesetzes zu unterstützen:

- ***CO₂-Emissionen verbindlich im Inland reduzieren***

Wir wollen unsere Verantwortung als hochentwickelte Volkswirtschaft für eine nachhaltigere Welt wahrnehmen und mit gutem Beispiel vorangehen. Die Verminderung unserer CO₂-Emissionen soll daher mehrheitlich mit im Inland durchgeführten Massnahmen durchgeführt werden. Wir unterstützen deshalb **Art. 3 Abs. 2, Minderheit Vogler**, welche eine Inlandreduktion von - 37.5 % bis 2030 fordert. Zum Vergleich: Schweden als wirtschaftlich vergleichbares Land zur Schweiz hat sich ein deutlich weitergehendes Inlandziel von - 63 % bis 2030 gesetzt.

Dank unserem führenden Forschungsplatz haben wir die technischen Möglichkeiten, unsere CO₂-Emissionen kosteneffizient und schnell zu senken. Ein ambitioniertes Inlandziel unterstützt unseren innovativen Wirtschaftsstandort auch im Export von sauberen Technologien ins Ausland. Dabei soll das Inlandziel ausschliesslich durch Massnahmen in der Schweiz erreicht werden, nicht durch eine Umwälzung aufs Ausland (**Art. 3 Abs. 5, Minderheit Bäumele**).

- ***Umweltverträglichkeitsprüfung durch Klima-Aspekt erweitern***

Es ist zentral, dass bei grossen Infrastrukturprojekten, welche eine Lebenszeit von vielen Jahrzehnten haben, der Klimaschutz in die Planung integriert wird. Sonst besteht das Risiko, dass das Ziel von Netto-Null CO₂-Emissionen bis 2050 durch Fehlinvestitionen verpasst wird.

Deshalb unterstützen wir den Vorschlag des Ständerats, eine Klimaverträglichkeitsprüfung für UVP-pflichtige Anlagen einzuführen (**Art. 17 b/c**). Die Emissionen von Treibhausgasemissionen aus Bauvorleistungen und Bau sind so weit zu begrenzen sind als technisch und betrieblich möglich.

- ***Verbindliche CO₂-Grenzwerte für Heizungersatz festlegen***

Wir unterstützen den Antrag des Ständerats dass Altbauten, deren Wärmeerzeugungsanlage für Heizung und Warmwasser ersetzt wird, ab spätestens 2023 höchstens zwanzig Kilogramm CO₂ aus fossilen Brennstoffen pro m² Energiebezugsfläche verursachen (**Art 9 a**).

Die Kantone sollen sich möglichst ambitionierte Ziele setzen, damit ab sofort keine neuen fossilen Heizungen eingebaut werden. Zürich und Basel gehen mit gutem Beispiel voran.

- ***Tricksereien der Autoimporteure verhindern***

Seit 2015 verpassen die Autoimporteure die Klimaziele für Neuwagen deutlich, in den letzten zwei Jahren hat der CO₂-Ausstoss von Neuwagen sogar noch zugenommen. Eine weitere systematische Verfehlung der Klimaziele untergräbt die Glaubwürdigkeit unserer Klimapolitik. Tricksereien wie die Mehrfachanrechnung von Elektroautos (sogenannte *Supercredits*) oder die vorübergehende Aussetzung der Grenzwerte (*Phasing-In*) sind konsequent zu unterbinden (**Art. 16a Abs. 1, 2, Gemäss Ständerat**). Wir unterstützen auch die Forderung nach jährlichen Zwischenzielen (**Art. 11 Abs. 1, Minderheit Girod**). Sie sollen uns helfen, den Erfolg der gesetzten Massnahmen zu überprüfen und gegebenenfalls frühzeitig anzupassen.



- **Flugticketabgabe erhöhen & Nachtzüge finanziell fördern**

Es ist erfreulich zu sehen, dass die von uns bereits im Dezember 2018 geforderte Flugticketabgabe nun endlich mehrheitsfähig ist. Umso wichtiger ist es, dass diese Abgabe auch für CO₂-intensivere Beförderungsklassen wie der Business- und First Class proportional angepasst wird (**Art. 38c Abs. 1, 1bis, Minderheit Egger Kurt**). Wir wollen zudem explizit sicherstellen, dass der durch die Flugticketabgabe finanzierte Klimafonds einerseits den Aufbau des nachhaltigen Flugverkehrs sowie den Aufbau von einem grenzüberschreitenden, europäischen Netz an Nachtzügen finanziell unterstützt.

- **Offenlegungspflicht der Klimarisiken von Finanzmittelflüssen einfordern**

Auch in der Schweiz domizilierte Unternehmen und Finanzinstitute sollen ihre Verantwortung für eine nachhaltige Welt wahrnehmen. Dabei ist uns wichtig, dass dies in einer transparenten Art und Weise geschieht, besonders bei jenen Unternehmen und Finanzinstitute mit einem Umsatz von mindestens 500 Millionen Franken und mindestens 500 Mitarbeitenden (**Art. 43c: Offenlegungspflicht der Klimarisiken von Finanzmittelflüssen**).

- **Spiel mit dem Feuer durch SVP und einzelnen Exponenten der FDP beim CO₂-Gesetz verhindern**

Mehrere Minderheitsanträge von SVP und einzelnen Exponenten der FDP wollen durch Trickereien bei Grenzwerten und Abgabenhöhe wirksamen Klimaschutz untergraben und das CO₂-Gesetz abschwächen. Die Jungallianz für das Klima empfiehlt dem Nationalrat, einen erneuten Angriff auf dem Klimaschutz wie im Dezember 2018 zu verhindern und für ein griffiges CO₂-Gesetz einzustehen.

Für Rückfragen:

Sarah Bünter, Präsidentin JCVP, 079 658 81 18,
Remo Zuberbühler, Präsident JBDP, 079 398 93 91
Dominic Täubert, Co-Präsident J EVP, 079 913 22 58
Tobias Vögeli, Co-Präsident JGLP, 078 743 53 99
Julia Küng, Co-Präsidentin Junge Grüne, 077 475 82 66
Ronja Jansen, Präsidentin JUSO, 076 675 12 23

Nikolai Orgland, Kampagnenleiter Jungallianz Klima, 076 407 37 92

